

Angela Rustemeyer

## **Putins Oligarchenfeldzug und Russlands Demokratie**

Die JUKOS-Affäre und ihr Umfeld in den Augen der politisch liberalen Opposition und der Bevölkerung

Die Gegner des russischen Präsidenten im Konflikt um den Ölkonzern JUKOS hatten gewarnt und gehofft: Wo ihr Protest gegen die Inhaftierung Michail Chodorkowskis und die seinem Konzern angelegten Daumschrauben ins Leere ging, sollten die Signale des Marktes selbst den politisch Verantwortlichen die Folgen der Zwangsmaßnahmen unmissverständlich verdeutlichen. Eindringlich schilderten die „Moskowskije nowosti“, das Sprachrohr der Minderheit politisch liberaler Putingegner, im August die „Fieberwellen“ auf dem Wertpapiermarkt. Für den Frühherbst wurde eine Schwächung des Rubels vorausgesagt, bedingt durch die Unfähigkeit von JUKOS, die Forderungen seiner ausländischen Gläubiger zu bedienen, und so das Gespenst der Finanzkrise von 1998 beschworen<sup>1</sup>.

Es kam anders. Auch im September trieb der hohe Ölpreis dem nach Saudiarabien zweitgrößten Rohölförderer der Welt genug Devisen ins Land, um den Rubel nach oben zu drücken. Die Krise lässt auf sich warten. Einstweilen profitiert Russland weidlich von eben der gespannten Lage auf dem Ölmarkt, die seine Führung mit hervorgerufen hat, indem sie die JUKOS-Affäre schuf. Das Land „versucht, sich dem Westen als grundsätzliche Alternative zu den OPEC-Staaten zu präsentieren“<sup>2</sup>. Im ersten Halbjahr 2004 steigerte es seinen Rohölexport um siebzehn Prozent. In den von der Regierung angelegten „Stabilitätsfonds“, der eine Wiederholung der Krise von 1998 zu verhindern helfen soll, floss doppelt so viel Geld wie erwartet. Davon sollen unter anderem Löcher in der Rentenkasse geschlossen werden<sup>3</sup>. Die zusätzlichen Öldevisen werden also zum Teil in die Sicherung jener sozialen Stabilität umgeleitet, die durch die im Sommer eingeleiteten Reformen und den Protest dagegen gefährdet schien. Putins Rechnung scheint – zumindest kurzfristig – aufzugehen: Das Vorgehen gegen Michail Chodorkowski

und seinen Konzern ist populär, und der hohe Ölpreis, den die russische Regierung mit zu verantworten hat, rentiert sich.

Die eigentliche Tragweite der JUKOS-Affäre geht über kurzfristiges politisches Kalkül weit hinaus. Putins Gegner im demokratischen Lager, meist Vertreter und Sympathisanten der bei den Parlamentswahlen vom Dezember 2003 unterlegenen Parteien JABLOKO und SPS (Union der rechten Kräfte), ziehen weit reichende Schlussfolgerungen hinsichtlich der künftigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Dabei verfechten sie durchaus unterschiedliche Positionen hinsichtlich des Verhältnisses von politischem Liberalismus und Wirtschaftsliberalismus. Einigkeit herrscht hingegen darüber, dass mit der JUKOS-Affäre die Chancen auf Erhalt der staatsbürgerlichen Rechte in Russland weiter sinken. Putins Kritiker sehen zudem Anzeichen für eine fatale Kettenreaktion, die Russland letzten Endes unreformierbar machen könnte. Die Haltung der Bevölkerungsmehrheit, die in der Zustimmung zu Putins Vorgehen gegen JUKOS zum Ausdruck kommt, spielt in dieser düsteren Prognose eine Schlüsselrolle.

Auf eine empirische Untersuchung der Einstellung breiter Bevölkerungsschichten zu den „Oligarchen“, zu Russlands Wirtschaftselite insgesamt und zu dem von ihr repräsentierten sozioökonomischen System konnten sich die Analytiker der JUKOS-Affäre jedoch zunächst nicht stützen. Nun hat das Institut für Komplexe Gesellschaftsstudien der Russländischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation eine solche Studie vorgelegt<sup>4</sup>. Die Untersuchung der Soziologen, die den Kontext der Zustimmung zum Prozess gegen Chodorkowski eingehend darstellt, findet in Russland erhebliche Beachtung. Igor Jurgens, Vizepräsident des Industriellen- und Unternehmerverbandes, hat sie allen Verbandsmitgliedern zur Lektüre empfohlen<sup>5</sup>.

1 Schanna Sudakowa, Loterejniji bilet ot JUKOSA. (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-29-4>); Igor Jurgens, in Vosmoschnye posledstwija „dela Michaila Chodorkowskogo“ (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-19-29>).

2 Natalie Nougayrède, L'économie russe se refait une santé grâce aux fortes rentrées de devises. Le Monde, 1.10.2004, S. 2.

3 Ebd.

4 Ekonomitscheskaja elita Rossii w serkale obschtschestwenno-go mnenija (Analiticheski doklad). Moskau 2004

5 Natalja Aljarkinskaja, Narod postroil oligarchow (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-23-28>).

Die Ergebnisse der Studie werden hier vor dem Hintergrund der Analysen und Prognosen der Putin-Gegner bewertet und auf ihre Potenzial, diese Prognosen zu modifizieren, untersucht.

## 1. Entwicklung und Tragweite der JUKOS-Affäre in den Augen der politisch Liberalen

Auf drastische Weise stellt die Affäre um den JUKOS-Konzern die Frage nach dem Verhältnis von politischem Liberalismus und Wirtschaftsliberalismus, und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen ist angesichts der überwiegend schwachen Reaktionen auf Chodorkowskis Inhaftierung und die Maßnahmen gegen seinen Konzern in Russlands Wirtschaftskreisen strittig wie noch nie, ob der politische Liberalismus in Russland eine „natürliche“ soziale Basis hat. Zum anderen berührt die Attacke auf den Erdölkonzern den wohl strittigsten Aspekt der Privatisierung von Staatseigentum im Zuge der Reformen in den neunziger Jahren: das Privateigentum an Rohstoffen und den Verbleib der daraus erzielten Profite.

Letzterer Aspekt polarisiert zum Beispiel die gescheiterte Präsidentschaftskandidatin Irina Chakamada einerseits und Chodorkowski andererseits. Die Politikerin hat sich nämlich der populären Forderung angeschlossen, den Staat die „Rente“ aus dem Rohstoffhandel abschöpfen und umverteilen zu lassen<sup>6</sup>. Genau dieser Forderung hatte Chodorkowski bei einem seiner letzten Auftritte vor seiner Verhaftung eine klare Absage erteilt. Nach Darstellung des damaligen Konzernchefs belaufen sich die Überschüsse der Ölindustrie, denen der Ruf nach Abschöpfen der „Rente“ überhaupt gelten könne, auf jene fünf Milliarden Dollar, die die Branche jährlich an Dividenden auszahlt. Forderungen nach „Abschöpfung der Rente“ seien, so Chodorkowski, lächerlich angesichts der Nichtigkeit der Summe bei einer „Umverteilung“ auf 140 Millionen Russländer und unhaltbar angesichts der Tatsache, dass ohne Dividenden keinerlei Anreiz für Investitionen in die Ölindustrie bestehe<sup>7</sup>. Der Widerspruch zwischen dem Ölmagnaten und der Politikerin kommt auch in den polemischen Sätzen über Chakamadas Annäherung an populistische Positionen zum Ausdruck, mit denen der als „Schuldbekennnis“ interpretierte Aufsatz des ehemals reichsten Mannes Russlands über die „Krise des Liberalismus“ beginnt<sup>8</sup>. Die Authentizität

dieses Schreibens aus dem Gefängnis ist nicht unumstritten. Aber wie auch immer der Brief insgesamt zu beurteilen ist: Die genannten Zeilen illustrieren, wie weit sich demselben politischen Lager zuzuordnende Personen vor dem Hintergrund der JUKOS-Affäre in der Frage der Legitimität privaten Profits und ihren Grenzen im Handel mit Russlands Bodenschätzen voneinander entfernen.

Als Merkmal der „Krise des Liberalismus“ in Russland wird im gleichnamigen Aufsatz auch die Entfremdung der Unternehmer von der Zivilgesellschaft genannt: Geschäftsleuten falle es leichter, sich mit einigen wenigen Beamten zu einigen als mit gesellschaftlichen Institutionen, die ein handlungsfähiges Netz bilden<sup>9</sup>. Anders ausgedrückt: Die gesellschaftliche Basis des politischen Liberalismus ist nicht mit dem Unternehmertum identisch. Der Dumaabgeordnete Wladimir Ryschkow wendet diese Erkenntnis ins Positive und spricht von einer für liberales politisches Denken empfänglichen Schicht, die weit über das Unternehmertum hinausgehe und qualifizierte Berufstätige, Wissenschaftler und ganz generell die Intelligenzija umfasse<sup>10</sup>. Pessimisten heben hingegen das Versagen der russländischen Geschäftswelt angesichts der Herausforderung hervor, die die Attacke auf JUKOS für ein standesbewusstes Unternehmertum eigentlich darstellen müsste. Die Reaktionen der einflussreichsten Unternehmer auf die Verhaftung Chodorkowskis und die Maßnahmen gegen JUKOS waren nach Darstellung der „Moskowskije nowosti“ meist bestenfalls verhalten. In schlimmen Fällen übernehmen Großunternehmer den Kommentatoren zufolge die Rolle von Komplizen und „Marodeuren“, die hoffen, aus der Zerschlagung des JUKOS-Konzerns durch die Staatsmacht politischen und wirtschaftlichen Gewinn ziehen zu können.

Dabei ist seit langem klar, dass der Profit aus der JUKOS-Affäre nicht dem Meistbietenden zufallen wird: Staatsnahe Firmen und der Staat selbst werden allemal die Begünstigten sein. Die Art und Weise, wie die Verteilung des Geldes und der Ressourcen von JUKOS nach Darstellung der „Moskowskije nowosti“ angebahnt wurde, wirft ein Licht auf die eigenartigen Machtstrukturen an der Staatsspitze. Informelle Beziehungen zum Kreml fallen offenbar – nicht anders als in der gemeinhin als Gipfel der Korruption geltenden Jelzinära – nach wie vor ins Gewicht. In die JUKOS-Affäre schalteten sich im Sommer Persönlichkeiten aus dem Wirtschaftsleben ein und boten sich als Vermittler bei der Verteilung des Konzernvermögens an – so der Bankier Boris Jordan, der die Interessen Roman Abra-

6 Nam pismo (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-12-11>).

7 Michail Chodorkowski, „Bogatye objasany borotsja“ (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-24-2>).

8 Wedomosti, Nr. 52, 29.3.2004.

9 Diesen Aspekt hoben die MN besonders hervor: Nam pismo, 10 Ebd.

mowitschs, des derzeit reichsten Mannes Russlands, vertrat<sup>11</sup>. An den JUKOS-Konzern trat aber auch der zwielichtige Geschäftsmann Roman Zepow mit einem Vermittlungsangebot heran. Zepow war zu Beginn der 1990er Jahre Chef einer Firma für Personenschutz in Petersburg und ein Schützling des Bürgermeisters sowie seiner Stellvertreter, zu denen auch Wladimir Putin zählte. 1994 wurde er in Haft genommen – offiziell wegen unerlaubten Waffenbesitzes, tatsächlich wegen enger Zusammenarbeit mit der Petersburger Unterwelt und wegen Beteiligung an der Erpressung von Schutzgeldern. Nach seiner Freilassung tauchte er eine Weile mit falschem Pass in Tschechien unter<sup>12</sup>. Aktionären des JUKOS-Konzerns gegenüber berief er sich auf seine alten Petersburger Beziehungen, die mittlerweile bis in den Kreml reichten. Zu seinen guten Bekannten zählte er den Chef der Leibwache Putins, Wiktor Solotow, und den stellvertretenden Leiter der Administration des Präsidenten, Igor Setschin<sup>13</sup>, einen offensichtlich zur Zerschlagung des Konzerns entschlossenen Hardliner. Auch auf direkte Verbindungen zu Putin spielte Zepow an.

Dass Zepows Selbstreklame nicht aus der Luft gegriffen war, zeigte sich, als der Geschäftsmann im Frühherbst unter mysteriösen Umständen mit einem Arzneimittel vergiftet wurde: Die letzte Ehre erwies dem Toten an der Seite führender Vertreter des Innenministeriums auch der erwähnte Chef der putinschen Leibwache!<sup>14</sup>

Als die willigen Vermittler zwischen JUKOS und den potenziellen Profiteuren der Zwangsmaßnahmen gegen den Konzern auf den Plan traten, stand der Name eines der mit JUKOS-Vermögen auszustattenden Unternehmen bereits im Raum: der staatlichen Ölfirma Rosneft. Hinter den Ansprüchen von Rosneft verbarg sich, wie die letzten Monate erwiesen, eine weiter reichende Strategie. Im Juli setzte Putin den im Kampf gegen den JUKOS-Konzern bewährten Igor Setschin an die Spitze der Ölfirma.<sup>15</sup> Im September wurde angekündigt, dass in Staatsbesitz befindliche Rosneft-Aktien gegen Aktien von Töchtern des Gaskonzerns „Gasprom“ ausgetauscht würden. Im Ergebnis kann der staatliche Anteil an Gasprom, der sich bislang auf gut 38 Prozent der Aktien belief, auf die Größe des Kontrollpaketes erweitert werden<sup>16</sup>. Nur unter dieser Vor-

aussetzung scheint für die Staatsspitze die an und für sich anvisierte Liberalisierung des Zugangs zu Gasprom-Aktien, die ausländische Investoren anlocken und das Kapital des russländischen Gasriesen endlich seinem enormen realen Wert annähern soll<sup>17</sup>, denkbar zu sein.

Das durch den Aktientausch entstandene „Öl- und Gasmonster“ Gasprom/Rosneft soll nun auch noch mit JUKOS-Vermögen gefüttert werden. Der Verkauf von JUKOS an einen der Staatsmacht genehmen Kandidaten wäre allerdings nur möglich, wenn der Wert des Konzerns künstlich gedrückt würde. An diesem Punkt gerieten die Bemühungen, die Abwicklung von JUKOS zu betreiben, im Oktober ins Stocken. Um Anfechtungen vonseiten ausländischer JUKOS-Aktionäre, die gegen den Billigverkauf des Konzerns Rechtsmittel einlegen könnten, zu vermeiden, war die Investmentbank Dresdner Kleinwort Wasserstein mit der Schätzung des Herzstücks des JUKOS-Konzerns, der Jugansneftegas, beauftragt worden. Die Angaben über die geschätzte Summe schwanken zwischen gut zehn und über 21 Milliarden Dollar – in jedem Fall ein für die russländische Staatsspitze unangenehmes Ergebnis, da die neue Allianz Gasprom/Rosneft wohl kaum mehr als vier Milliarden Dollar auslegen kann<sup>18</sup>.

Hinter den gegen alle Widerstände betriebenen Anstrengungen, Gasprom/Rosneft mit Vermögen und Ressourcen von JUKOS noch weiter auszubauen, stehen nach Darstellung der „Moskowskije nowosti“ nicht allein die Bestrebungen, Russlands Gas und Öl, soweit möglich, wieder unter staatliche Kontrolle zu bringen. Vielmehr vermuten die Kommentatoren der Zeitung, dass der Gigant Gasprom/Rosneft auch mit dem Ziel weiter aufgebläht wird, den Mann an seiner Spitze mit einem Höchstmaß an Einfluss auszustatten. Dieser Mann könnte nach dem Ende der zweiten Amtszeit des Präsidenten im Jahr 2008 Wladimir Putin heißen.<sup>19</sup> Mit dem Löwenanteil des JUKOS-Konzerns ausgestattet, würde Gasprom/Rosneft eine würdige Machtbasis für die künftige Graue Eminenz in Russlands politischem Leben bilden.

Alles in allem entfaltet sich aus der Sicht der politisch liberalen Putingegner, die die Berichterstattung in den „Moskowskije nowosti“ wiedergibt, ein gefährliches Szenario:

11 Waleri Wuschutowitsch, Tschas mawroderow (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-25-55>).

12 Ders., ... I bliskije pokojnogo.

(<http://www.mn.ru/issue.php?2004-37-14>).

13 Ders. Tschas mawroderow.

14 Ders., ... I bliskije pokojnogo.

15 Lorraine Millot, Gaz russe: confusion autour d'une fusion. Libération, 11.10.2004, S. 25.

16 Dmitri Dokutschajew, Frankenschtein is nefiti i gasa.

(<http://www.mn.ru/issue.php?2004-35-29>), vgl. Sergej Wilja-

minow, Liberalisazija „Gasproma“ otloschena?

<http://www.mn.ru/issue.php?2004-33-10>.

17 Wiljaminow, Liberalisazija „Gasproma“ otloschena?

18 Das Justizministerium nennt die niedrigste Summe; der Kommentator der „Moskowskije nowosti“ kalkuliert mit den höheren Zahlen: Dmitrij Dokutschajew, Neudobnaja zifra (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-36-6>), ders., Prodascha bes kupli (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-39-12>).

19 Dokutschajew, Frankenschtein.

Die JUKOS-Affäre wird gesteuert von einem undurchsichtigen Konglomerat aus persönlichen Beziehungen und staatsmonopolistischer Konzentration von Wirtschaftsmacht, das demokratischer Kontrolle entzogen ist. Diese Kräfte verfolgen nicht die wirtschaftlichen Interessen Russlands, sondern rein politische Ziele. Die Fäden ziehen dabei hohe Staatsbeamte. Sie stehen dem KGB-Nachfolger FSB nahe und gelten als Vertreter einer nicht nur starken, sondern auch brutalen Staatsgewalt, die selbst bestimmt, was legal ist. Weitere Personen und Institutionen übernehmen unrühmliche Nebenrollen. Man spielt auf das Versagen der Legislative an, die es versäumt hat, auf gesetzlichem Wege zu definieren, wo die Grenzen der Legalität wirtschaftlicher Machtkonzentration verlaufen<sup>20</sup> – eine Lücke, welche die Machthaber für Willkürakte nutzen. Im Fadenkreuz der putinkritischen Kommentatoren stehen zudem opportunistische Wirtschaftsführer<sup>21</sup> und der Zensur beziehungsweise der Selbstzensur unterliegende Medien, die nicht einmal davor zurückschrecken, Chodorkowski und JUKOS die Finanzierung tschetschenischer Terroristen anzulasten<sup>22</sup>.

Aus der Sicht der „Moskowskije nowosti“ fügt sich die Abrechnung der putinschen Staatsmacht mit einem politisch unbequemen „Oligarchen“ und seinem Konzern in die Krise der staatsbürgerlichen Rechte im heutigen Russland ein, die sich im Sommer 2004 mit weiteren Einschränkungen der Medienfreiheit zuspitzte. Auf die Absetzung dreier kritischer Sendungen des Fernsehkanals NTW im Juli folgte im August die Versetzung der bereits im letzten Jahr des sowjetischen Fernsehens für ihre Weigerung, im offiziellen Auftrag Falschmeldungen zu verbreiten, mit einem Auftrittsverbot belegten prominenten Moderatorin Tatjana Mitkowa auf einen Verwaltungsposten.<sup>23</sup> Die Drangsalierung von Journalisten während des Geiseldramas von Beslan war ein weiterer Schritt in Richtung Demontage der Medienfreiheit. Als Indiz für die Gefährdung fundamentaler Rechte nennen Putins Gegner zudem den wachsenden Druck auf ausländische und inländische Nichtregierungsorganisationen. Die JUKOS-Affäre sehen sie im Zusammenhang mit der Bedrohung der Zivilgesellschaft insgesamt. Ältere unter ihnen nehmen diese Bedrohung ernst genug, um den

20 Lilija Schewzowa, in: Vosmoschnye posledstwija.

21 Siehe das Porträt des Gasprom-Chefs Aleksej Miller: Boris Wischnewski: „Ein Schatten, der seinen Platz kennt“. Ten, snajuschtschaja swoje mesto (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-36-8>).

22 Wy sposite, pri tschem tut JUKOS. (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-34-33>).

23 Ewgeni Kiselew, Ot NTW do Jukosa – odin schag (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-25-1>); Kto gasit swesdy (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-31-30>).

Freiheitsentzug für Chodorkowski in eine Reihe mit der Intervention der UdSSR in der Tschechoslowakei 1968 zu stellen.<sup>24</sup>

Die JUKOS-Affäre wird aber nicht nur auch als Indiz für den zunehmenden staatlichen Druck auf die Zivilgesellschaft verstanden, sondern auch als Folge ihrer gravierenden Defizite. Demnach wurde die Affäre möglich, weil Kommunikationskanäle zwischen der Bevölkerung, deren Mehrheit die derzeitige Eigentumsverteilung mit der Konzentration enormen Reichtums in den Händen weniger Privatleute für illegitim hält, einerseits und der Wirtschaftselite andererseits fehlen. Das Verhältnis von Bevölkerung und Großunternehmen zeichnet sich durch die Missachtung der Rechte der jeweils anderen Seite aus. Der Präsident übernimmt in dieser Situation eine Schiedsrichterfunktion. Das vergrößert seinen ohnehin beträchtlichen Handlungsspielraum noch weiter und versetzt ihn in die Lage, eine im Hinblick auf staatsbürgerliche Rechte und Freiheiten antiliberaler Politik zu betreiben, die von einem enormen Machtzuwachs der Bürokratie begleitet ist. Als Exponent dieser Bürokratisierungstendenz gilt Premierminister Michail Fradkow, ein Apparatschik, der den „Moskowskije nowosti“ zufolge für seine Feindschaft gegenüber Chodorkowski mit seinem Posten belohnt wurde.<sup>25</sup>

Diese Politik der Beschneidung grundlegender Rechte und Freiheiten reduziert, so die Befürchtung ihrer Gegner, die ohnehin schmale soziale Basis für Reformen in Russland immer weiter. So droht der eingeschlagene Kurs letzten Endes unumkehrbar zu werden, und zwar auch dann, wenn die Staatsspitze ihn irgendwann einmal modifizieren möchte. Die Affäre um Chodorkowski und seinen Konzern ist in den Augen der Oppositionellen Symptom einer Politik, die das Land in eine Sackgasse ohne Wendemöglichkeit manövrieren könnte.

## 2. Die JUKOS-Affäre und die russländische Wirtschaftselite aus der Sicht der Bevölkerung

Diese pessimistische Prognose der Gegner Putins in der JUKOS-Affäre kalkuliert die Einstellung der Bevölkerung zu den reichsten Großunternehmern, den sichtbarsten Exponenten der Marktwirtschaft, als negativen Faktor ein. Und in der Tat lassen sich, wie die Parla-

24 Dmitri Simin, in: Vosmoschnye posledstwija.

25 Dmitri Dokutschajew, Kompromiss wsech so wsemi (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-8-8>); Olga Kryschtanowskaja, Pidschak powerch pogon (<http://www.mn.ru/issue.php?2004-8-10>).

mentswahlen im Dezember 2003 und die Wahl des Präsidenten im März 2004 gezeigt haben, mit Kampfansagen an die „Oligarchen“, die von spektakulären Maßnahmen wie der Inhaftierung Chodorkowskis begleitet werden, Stimmen gewinnen. Eine Anfang 2004 erstellte soziologische Studie des Instituts für komplexe Gesellschaftsstudien und der Friedrich-Ebert-Stiftung bestätigt erneut, dass der Gegensatz zwischen Arm und Reich für die meisten Russländer der wichtigste innergesellschaftliche Widerspruch ist. Die Diskrepanz zwischen Armen und Reichen stellte in den Augen der Befragten sogar den starken Gegensatz zwischen „Macht“ – im Sinne einer nicht näher definierten Obrigkeit – und „Volk“ in den Schatten. Politischen und weltanschaulichen, nationalen und religiösen Widersprüchen sowie der Diskrepanz zwischen den Metropolen und der Provinz messen erheblich weniger Russländer vorrangige Bedeutung bei.

In derselben Studie wurden die Reaktionen auf die Verhaftung Chodorkowskis untersucht. Dabei erwies sich, dass die Festnahme des Jukos-Chefs auf große, wenn auch nicht einhellige Zustimmung stieß. Innerhalb der Mehrheit der Befragten, welche die Verhaftung Chodorkowskis guthießen, überwogen die Männer, die Älteren und – nicht überraschend – die materiell schlecht Abgesicherten, die nach eigenen Angaben unter den Reformen gelitten hatten. Soweit die Befragten davon ausgingen, dass die Inhaftierung des Jukos-Chefs überhaupt ernsthafte Folgen haben werde, schätzten sie diese eher positiv ein: Ein Viertel bis ein Fünftel der Umfrageteilnehmer war der Meinung, die Verhaftung Chodorkowskis werde die Staatsgewalt stärken und/oder für mehr Ordnung und Gesetzestreue in der Wirtschaft sorgen. Nur maximal sechs Prozent der Befragten<sup>26</sup> sahen in der Inhaftierung des damals reichsten Mannes Russlands ein Indiz für den Abbau der Demokratie.<sup>27</sup>

Mit einer weiteren, auf einer repräsentativen Umfrage unter 1750 Russländern basierenden Studie hat das Institut für komplexe Gesellschaftsstudien in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung diese Beobachtungen im Jahr 2004 weiter verfolgt. Dabei galt es zu ermitteln, wie weit die „Oligarchenfeindschaft“ der Russländer wirklich geht und was sie impliziert. Sind die Feinde der „Oligarchen“ Gegner der Demokratie? Und verbirgt sich hinter der starken Wahrnehmung des Gegensatzes zwischen Armen und Reichen und der nicht von allen, aber immerhin von der Mehrheit bekundeten Genugtuung über die Festnahme Chodorkowskis die komplette Ablehnung der

Marktwirtschaft und der durch sie begründeten Hierarchien? Welche Modifikationen des derzeitigen Wirtschaftssystems werden von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet? Um dies herauszufinden, wurde nicht allein nach der Einstellung zu den so genannten *Oligarchen* gefragt, sondern vor allem nach den Vorstellungen der Umfrageteilnehmer von der *Wirtschaftselite* Russlands. Mit dem Begriff „Oligarch“ verbindet sich ein ganz spezifischer Weg zu großem Reichtum und Einfluss im Russland der neunziger Jahre. In dieser Bedeutung hat der „Oligarch“ auch Einzug in die politologische und wirtschaftswissenschaftliche Sprache gehalten: Als „Oligarchen“ gelten die Leiter großer Holdinggesellschaften, die aus Geschäftsbanken hervorgegangen sind. Ihren rasanten Aufstieg verdanken die „Oligarchen“ der ab 1995 betriebenen Versteigerung von Aktienpaketen staatlicher Betriebe als Garantien für einen Kredit der Großbanken an die Regierung. Diese Versteigerungen fanden nicht ohne Manipulationen statt, insbesondere weil die jeweils mit der Organisation der Auktion beauftragten Banken Konkurrenten gegenüber in einer vorteilhafteren Situation waren. So gelang es seinerzeit Chodorkowskis Bank Menatep, ein gegenüber der eigenen gebotenen Summe fast doppelt so hohes Gebot eines Konkurrenten auszuschalten und als Sieger aus der Versteigerung von JUKOS hervorzugehen. Auch die Bevorteilung bestimmter Banken bei der Versteigerung von Staatsanleihen spielte bei der Etablierung der „Oligarchen“ eine Rolle<sup>28</sup>. Im Vergleich zu diesem spezifischen Profil des „Oligarchen“ ist der Begriff „Wirtschaftselite“ neutral und allgemein.

Die Resultate der groß angelegten Umfrage zum Thema „Oligarchen und Wirtschaftselite“ fielen unerwartet komplex aus. Zwar hat das Bild der Wirtschaftselite in der Bevölkerung einerseits Züge, die klar auf demokratiefeindliche Haltungen hinweisen. Andere Elemente in diesem Bild zeugen jedoch durchaus von rationalen, realistischen Einschätzungen und von einem gewissen Pragmatismus, der zu demokratischen Prinzipien zumindest nicht im Widerspruch steht und auf eine – bedingte – Akzeptanz der Marktwirtschaft schließen lässt.

### Spuren demokratiefeindlicher Haltungen im Bild der „Oligarchen“ und der Wirtschaftselite

Unterscheiden die Russländer die „Wirtschaftselite“ von den „Oligarchen“? Die Umfrageergebnisse sind in

<sup>26</sup> Die Anteile variierten je nach Wohnort.

<sup>27</sup> Megapolisy i provincija w sowremennoj Rossii. Moskwa 2004

<sup>28</sup> Heiko Pleines, Aufstieg und Fall. Oligarchen in Russland. Ost-europa 54 (2004) H. 3 S. 71–81, hier 73–75.

diesem Punkt widersprüchlich. Beide Begriffe weckten bei der Mehrheit der Befragten eher negative als positive Assoziationen, wobei jedoch die „Wirtschaftselite“ verglichen mit den „Oligarchen“ noch relativ günstige Werte verbuchen konnte:

**Tabelle 1:** Begriffe und ihre Konnotation (Angaben in Prozent)

	Eher positiv	Eher negativ
Kultur	88,1	1,1
Arbeiter	81,6	3,6
Intellektueller	71,6	3,4
Konkurrenzfähigkeit	66,8	6,1
Mittelschicht	64,7	7,3
Unternehmertum	67,9	10,7
Industrieller	60,4	7,2
Mäzen	58,3	5,7
Sponsor	60,5	10,7
Sparen lernen	58,7	11,3
Kaufmann	29,8	31,0
Rentier	14,9	9,5
Politiker	27,3	33,8
Fabrikant	23,3	35,7
<b>Wirtschaftselite</b>	23,8	37,4
Kapitalismus	20,2	46,1
Lobbyist	5,5	31,8
Bourgeoisie	13,5	48,9
<b>Oligarch</b>	7,5	66,9
Bankrott	7,3	67,1

Die Antipathie gegenüber der Wirtschaftselite konzentriert sich in bestimmten Bevölkerungsgruppen: Personen mit niedrigem Einkommen, Personen mit niedrigem Bildungsniveau, der Landbevölkerung und den Rentnern. Die Unbeliebtheit der Oligarchen ist stärker verbreitet. Allerdings war eine relative Mehrheit von gut einem Drittel der Befragten der Meinung, „Oligarchen“ und „Wirtschaftselite“ seien ohnehin identisch:

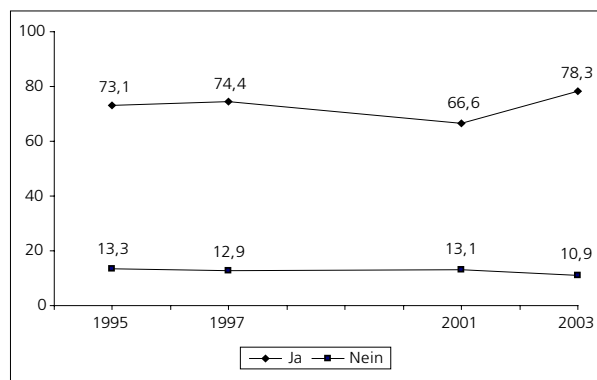
**Tabelle 2:** Wirtschaftselite und Oligarchen

Das ist ein und dasselbe.	35,7
Zum Oligarchen steigt man vor allem durch Beziehungen auf, in die Wirtschaftselite auch durch Talent und Verstand.	26,9
Oligarchen wollen den Staat beherrschen, die Wirtschaftselite will nur den Kurs der Wirtschaftspolitik bestimmen.	22,6
Sonstiges	0,6
Schwer zu sagen	14,2

Wir können also davon ausgehen, dass das Bild der „Oligarchen“ das Image der Wirtschaftselite erheblich beeinflusst.

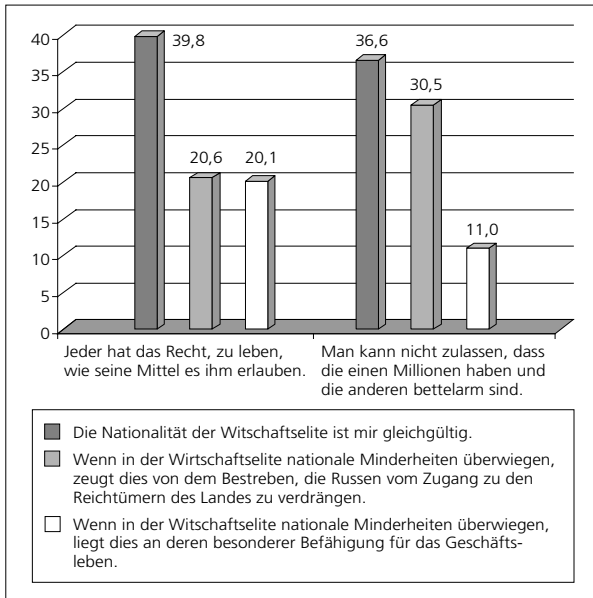
Auch wenn in- und ausländische Russlandexperten von der Rückläufigkeit des politischen Einflusses führender Wirtschaftsvertreter in der Ära Putin sprechen: Die Wirtschaftselite nimmt in den Augen der meisten Russländer (mehr als siebzig Prozent der Befragten) immer noch erheblichen Einfluss auf die Politik. An diesem Punkt schneiden sich die Vorstellungen von der Rolle der führenden Wirtschaftskreise bereits mit Tendenzen, die im Hinblick auf den Zustand der Demokratie in Russland bedenklich erscheinen: Über Dreiviertel der Russländer sind nämlich der Auffassung, die demokratischen Verfahren seien angesichts des enormen Einflusses der Reichen und Mächtigen nicht mehr als Formalitäten.

**Diagramm 1:** Zustimmung zu der Aussage „Die demokratischen Verfahren und Institutionen – Wahlen, Parlament, freie Presse – existieren nur zum Schein. In Wirklichkeit regieren uns einfach die Reichsten und Mächtigen“ (Angaben in Prozent)\*



\* Kategorie „Unentschieden“ nicht berücksichtigt

**Diagramm 2:** Meinungen über die nationale Zusammensetzung der Wirtschaftselite in Abhängigkeit von der Haltung der Befragten zur sozialen Stratifikation (Angaben in Prozent)



Dies bedeutet natürlich nicht, dass die Abschaffung der betreffenden Verfahren gewünscht wird. Es deutet jedoch auf eine fatalistische Haltung hin, die allgemein Platz greifenden Verschwörungstheorien weiter Vor-schub leisten kann.

Von einer solchen Theorie zeigt sich mehr als ein Viertel der Russländer (27 Prozent) in seinen Urteilen über die Wirtschaftselite überzeugt: Nationale Minderheiten seien in den führenden Kreisen der Wirtschaft überrepräsentiert und verdrängten die ethnischen Russen gezielt vom Zugang zu den Reichtümern des Landes. Diese Position vertreten vor allem Personen, die sich für Verlierer der Reformen halten, sowie Angehörige der Kommunistischen Partei und des Blocks „Rodina (Heimat)“. Der Anteil derjenigen, die an eine Verdrängung der Russen vom Zugang zu den wirtschaftlichen Ressourcen glauben, ist fast doppelt so hoch wie der Anteil derer, die eine mögliche Über-

repräsentation nationaler Minderheiten in der Wirtschaftselite auf die besondere Tüchtigkeit dieser Gruppen im Geschäftsleben zurückführen.

Die Auffassung, andere Nationalitäten enthielten den Russen die Verfügung über die Reichtümer des Landes vor, korreliert mit der grundsätzlichen Ablehnung der sozioökonomischen Stratifikation. Umgekehrt glauben unter denjenigen, die die Differenzierung der Gesellschaft nach Einkommen akzeptieren, prozentual weniger Menschen an eine Diskriminierung der Russen im Wirtschaftsleben (s. Diagramm 2).

Bei einem beträchtlichen Teil der Bevölkerung prägen Überfremdungsängste nicht nur die Einstellungen zur einheimischen Wirtschaftselite, sondern auch die Haltung zu ausländischen Investoren. Die verbreiteten Negativurteile über die inländischen „Oligarchen“ tragen offensichtlich zur Verschlechterung des Images von Ausländern, die sich in der russländischen Wirtschaft engagieren, bei: Wer die „Oligarchen“ ablehnt, leugnet häufig auch den Nutzen internationaler Investitionen für Russland. Umgekehrt halten diejenigen, die den „Oligarchen“ gegenüber eher positiv eingestellt ist, das Engagement ausländischer Unternehmer in Russland für nützlich. Sie sind jedoch deutlich in der Minderheit (s. Tabelle. 3).

Alles in allem betrachten zu viele Menschen im heutigen Russland das Wirtschaftssystem, mit dem sie leben, als einen unfairen Wettbewerb zwischen Ethnien und Nationen – eine Auffassung, die Demagogen leichtes Spiel lässt und letztendlich von den tatsächlichen Ursachen für Wirtschaftskrisen und soziale Verwerfungen ablenkt.

Ein zweiter problematischer Zug im Bild der Wirtschaftselite bei der Bevölkerung ist die Idealisierung der undemokratischen Vergangenheit. Gefragt nach der Qualität der Wirtschaftseliten Russlands von der vorrevolutionären Zeit bis heute, gaben die Umfrageteilnehmer der Wirtschaftselite des späten Zarenreiches die besten Noten. Zwar wird der Begriff „Wirtschaftselite“ den Verhältnissen in einem punktuell hoch industrialisierten Agrarland wie dem vorrevolutionären Russland nicht gerecht. Aber wie auch immer: Der

**Tabelle 3:** Zustimmung zu der Aussage „Russland profitiert im Wesentlichen von den Aktivitäten ausländischer Unternehmer im Land“ nach Einstellung zu den „Oligarchen“ (Angaben in Prozent)

	Einstellung zu den „Oligarchen“		Insgesamt
	Eher positiv	Eher negativ	
Ja	39,4	18,6	22,1
Nein	33,3	45,2	41,0
Schwer zu sagen	27,3	36,2	36,9

**Tabelle 4:** Die Wirtschaftseliten verschiedener Epochen in den Augen der Russländer (Angaben in Prozent)

Eigenschaften	Dies gilt für die Wirtschaftselite				
	vor der Oktober-revolution	unter Stalin	unter Breschnew	unter Jelzin	unter Putin
Energie, Initiative	31,1	21,4	8,7	12,3	42,7
Schlaffheit, Antriebsschwäche	6,1	9,0	52,6	25,4	3,0
Sorge um die Interessen von Staat und Gesellschaft	25,8	30,0	17,8	2,5	25,5
Eigenliebe, Gleichgültigkeit gegenüber den Interessen von Staat und Gesellschaft	6,2	8,9	25,9	53,5	16,1
Professionalität, gute organisatorische Fähigkeiten	22,1	28,4	12,2	5,3	44,2
Oberflächlichkeit, organisatorische Unfähigkeit	5,0	8,2	33,3	38,1	5,0
Anstand und Ehrlichkeit	37,9	22,6	9,3	1,7	18,6
Unredlichkeit, Skrupellosigkeit	4,3	12,5	15,8	62,3	18,0
Fleiß, Arbeitsfähigkeit	34,2	43,6	11,9	4,9	22,7
Faulheit, Hang zum Müßiggang	7,4	2,5	43,8	31,6	5,7
Sensibilität, Aufmerksamkeit gegenüber Untergebenen	19,2	9,9	19,6	2,4	21,1
Härte; Hang, die Untergebenen nur als Mittel zum Zweck zu betrachten	11,1	46,6	9,4	31,3	19,0
Unterwürfigkeit gegenüber den Machthabern	11,3	41,8	35,7	22,3	14,0
Eigenständigkeit, Unabhängigkeit von den Machthabern	22,2	3,2	4,1	17,2	30,3
Bereitschaft, für hohe Gewinne Gesetze zu brechen	5,4	4,6	16,0	65,3	34,0
Gesetzestreue	20,9	45,2	13,1	1,8	12,9
Streben, internationale wirtschaftliche Erfahrung im eigenen Land zu nutzen	11,5	2,7	7,0	16,2	58,4
Vertrauen auf die eigene Erfahrung und die eigenen Traditionen	41,5	23,4	13,6	5,1	19,6
Habgier; Drang, sich um jeden Preis zu bereichern	6,6	4,7	15,8	65,7	25,9
Hochherzigkeit, großes Engagement für wohltätige Zwecke	60,0	2,6	7,4	3,7	12,6
Hang, sich vor allem die Korruption für die eigenen wirtschaftlichen Zwecke zu Nutzen zu machen	2,5	3,3	15,1	65,3	29,0
Unternehmergeist, Vertrauen auf freie Konkurrenz	38,6	3,1	2,8	2,8	33,5

„Wirtschaftselite“ vor 1917 gesteht eine relative Mehrheit der Russländer ein weitaus größeres Maß an Anstand und Ehrlichkeit, Vertrauen in die eigenen Traditionen, sozialem Engagement, Sensibilität und Unternehmerngeist zu als ihren Nachfolgerinnen. An zweiter Stelle in der Wertschätzung der Bevölkerung rangiert die Wirtschaftselite der Stalinära, die sich nach Meinung vieler Umfrageteilnehmer durch ihre Sorge um die Interessen von Staat und Gesellschaft, ihren Fleiß und ihre Gesetzestreue auszeichnete (s. Tabelle 4).

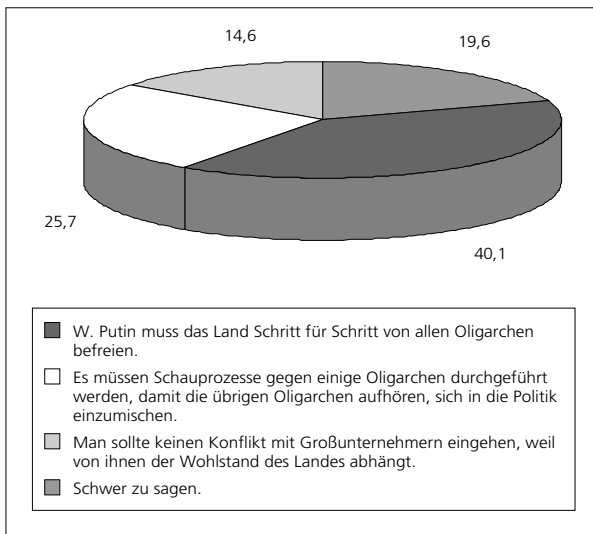
Selbst wenn den Wirtschaftsführern in der Autokratie und im Stalinismus neben diesen positiven auch negative Eigenschaften zugeschrieben wurden, stimmt ihre insgesamt günstige Bewertung im Hinblick auf die demokratischen Überzeugungen vieler Russländer

skeptisch. Das Gleiche gilt für die Maßnahmen, die immerhin gut ein Viertel der Befragten für angebracht hielt, um die Macht der „Oligarchen“ im heutigen Russland zu begrenzen: Über 25 Prozent sprachen sich in diesem Zusammenhang für die Durchführung von Schauprozessen aus (s. Diagramm 3).

Nicht aussagekräftig hinsichtlich demokratischer oder undemokratischer Haltungen, wohl aber im Hinblick auf Emanzipationsbestrebungen in der Gesellschaft ist ein dritter Aspekt. Unter den von den Befragten zu bewertenden Kriterien für den Aufstieg in die Wirtschaftselite war auch der Faktor Geschlecht. Angesichts der überwältigenden Dominanz der Männer unter den Wirtschaftsführern in Russland wäre zu erwarten gewesen, dass dieses Kriterium von den Umfrage-



**Diagramm 3:** Wie sollte Wladimir Putins Politik gegenüber den „Oligarchen“ aussehen?



teilnehmern zumindest beachtet würde. Tatsächlich wurde es komplett ignoriert. Die männliche Dominanz wird demnach als natürliche Gegebenheit hingenommen. Damit passen sich die Russländer an die Selbstdarstellung der neuen Businesselite an, die Männlichkeit zu einer Grundeigenschaft des „neoliberalen Subjekts“ erklärt, Frauen als grundsätzlich nicht businessgeeignet einstuft und so dem „alten sozialistischen“ Gleichheitsideal eine klare Absage erteilt<sup>29</sup>.

### Differenzierende und pragmatische Wertungen

Während ein Teil der in der hier zitierten Untersuchung ermittelten Urteile der Bevölkerung über die Wirtschaftselite mit ideologischen Klischees behaftet ist, finden sich durchaus auch differenzierende Einschätzungen. Manches, was die Russländer über ihre Wirtschaftselite denken, wird von externen Beobachtern bestätigt. Im Rahmen der Umfrage fiel zum Beispiel auf, dass die Interessensverbände der Wirtschaft in der Bevölkerung kaum bekannt sind. Mit der Wirtschaftselite verbinden die Russländer keine Institutionen, sondern einzelne namhafte Persönlichkeiten. Dies entspricht der Expertenmeinung, dass die organisierten Interessensvertretungen der Wirtschaft im Vergleich zu einflussreichen Einzelnen kaum eine Rolle spielen.<sup>30</sup>

Welche Unternehmerpersönlichkeiten die Bevölkerung kennt, hängt natürlich von der unterschiedlichen Medienpräsenz der Wirtschaftsführer ab. Die bekanntesten Wirtschaftsmagnaten sind Anatoli Tschubajs, der Organisator der Privatisierung, der im Exil lebende Medienmogul Boris Beresowski, Roman Abramowitsch, Michail Chodorkowski und der wie Beresowski außer Landes lebende Wladimir Gusinski, ehemals ebenfalls Eigentümer eines Medienimperiums: Mindestens siebenzig Prozent der Russländer kennen ihre Namen. Alle diese vier prominenten Großunternehmer werden von der Mehrheit der Bevölkerung negativ beurteilt (s. Tabelle 5).

Dabei sind jedoch wichtige Nuancen zu beobachten. So haben selbst unter denjenigen Umfrageteilnehmern, die der Wirtschaftselite gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt sind, nur knapp sechzehn Prozent ein positives Bild von Beresowski. Anders verhält es sich mit Chodorkowski: Ihn beurteilen immerhin mehr als vierzig Prozent derjenigen, nach deren Meinung die Interessen der Wirtschaftselite mit denen der Bevölkerung identisch sind, positiv. Überhaupt beurteilte diese Gruppe der Umfrageteilnehmer nach dem Eindruck der Soziologinnen und Soziologen die neuen Köpfe in der Wirtschaftselite am positivsten, also diejenigen, die in den letzten Jahren aufgestiegen sind und sich an internationalen Businessnormen orientieren.

Ein solch differenziertes Bild einzelner Persönlichkeiten fand sich allerdings nur bei einem kleinen Teil der Befragten. Ein weitaus größerer Anteil der Russländer unterscheidet bei der Verteilung seiner Sympathien zwischen den Führern der verschiedenen großen Branchengruppen. Dabei wird eine Grenze zwischen den im Rohstoffhandel engagierten Wirtschaftsführern und anderen Großunternehmern gezogen. Den Vertretern der nicht mit dem Rohstoffhandel befassten Branchen schreibt die Bevölkerung eher konstruktiven Einfluss auf die Wirtschaft Russlands zu. Die Urteile über die Führer der Energiebranche sind hingegen gespalten. Der wunde Punkt im Verhältnis der Bevölkerung zur Wirtschaftselite ist offensichtlich der Handel mit den natürlichen Ressourcen des Landes. Der Rohstoffhandel ist es vor allen Dingen, der die Wirtschaftselite in den Augen vieler Russländer diskreditiert: Macht und Erfolg der Wirtschaftsführer gelten nicht als Ergebnis unternehmerischer Anstrengungen, sondern als Resultat illegitimer Aneignung der Ressourcen Russlands. Gerechterweise, findet eine breite Mehrheit von mindestens 75 Prozent in allen Altersgruppen und sozialen Schichten, müssten diese Ressourcen der Allgemeinheit gehören. Weniger als zwei Prozent der Umfrageteilnehmer akzeptierten diejenigen, die im Zuge der Reformen zu offiziellen Besitzern von Rohstoffquel-

29 Vgl. Alexei Yurchak, *Russian Neoliberal: The Entrepreneurial Elite and the Spirit of „True Careerism“*. *Russian Review* 62 (2003) H. 1 S, 72–90, hier 79–82.

30 Pleines, *Aufstieg und Fall*, S. 71.

**Tabelle 5:** Wie beliebt oder unbeliebt sind die wichtigsten Vertreter der Wirtschaftselite\*?

	Ist mir		
	Eher sympathisch	Eher un-sympathisch	Schwer zu sagen
R. Abramowitsch (Sibneft)	14,3	71,1	14,6
W. Alekperow (Lukoil)	17,6	38,8	43,6
K. Bendukidse (Vereinigte Maschinenfabriken)	12,2	22,5	65,3
B. Beresowski	8,1	84,9	6,9
T. Bollojew (Brauerei „Baltika“)	25,6	21,4	53,0
B. Wechselberg (Gruppe „SUAL“)	4,5	19,4	76,1
B. Gusinski	7,1	71,6	21,3
O. Deripaska (Russisches Aluminium)	10,0	40,1	49,9
A. Jewtuschenkow (AFK „Sistema“)	5,1	15,3	79,6
W. Kadannikow (AwtoBas)	21,1	25,9	53,0
A. Kasmin (Sberbank)	17,8	19,3	62,9
A. Lebedew (NRB)	5,2	17,0	77,8
A. Miller (Gasprom)	13,7	34,7	51,6
O. Mordaschow (Sewerstal)	9,4	15,2	75,4
W. Okulow (Aeroflot)	16,8	28,1	55,1
W. Potanin (Interross)	16,3	29,3	54,4
S. Pugatschow. (Meschprombank)	6,2	16,8	77,0
A. Taranzew. (Russisches Gold)	7,7	20,7	71,6
M. Fridman (Gruppe „Alpha“)	5,6	25,0	69,4
M. Chodorkowski (JUKOS)	18,7	63,6	17,7
A. Tschubajs (Russländische Aktiengesellschaft [RAO] „EES Rossija“)	11,0	83,7	5,3

\* Die Namensliste stammt aus einem in der Nesawisimaja Gaseta veröffentlichten Ranking der einflussreichsten Wirtschaftsführer Russlands.

len geworden sind, als deren legitime Eigentümer (s. Tabelle 6).

Die Ausbeutung der Rohstoffvorkommen durch Privatunternehmer gilt gewissermaßen als Enteignung der Gesellschaft.

Die Auffassung, Rohstoffe gehörten nicht in private Hände, scheint also ein Fixpunkt in der Wirtschaftsethik der meisten Russländer zu sein. Bei der Beurteilung der Wirtschaftsführer lässt sich die Bevölkerung aber keineswegs nur von Prinzipien leiten. Ins Gewicht fallen offensichtlich auch pragmatische Einschätzungen, die aus Erfahrungen im eigenen Umfeld abgeleitet werden. Das zeigt sich, wenn das Bild der landesweit einflussreichen Wirtschaftsmagnaten mit dem der

Wirtschaftsführer in den Regionen verglichen wird. Die Meinungen in der Bevölkerung darüber, welche Voraussetzungen Unternehmer erfüllen müssten, um russlandweit oder in einer Region zu Macht und Einfluss zu gelangen, fallen nicht gerade schmeichelhaft aus. Sowohl die Wirtschaftsführer in den Regionen als auch die russlandweit Agierenden müssen nach Meinung der Mehrheit über gute Verbindungen zum Staatsapparat verfügen. Wer landesweit Einfluss nehmen will, braucht zudem die Unterstützung der Trias Innenministerium, Armee und Sicherheitsdienste, der politischen Parteien sowie einflussreicher Kreise im Westen. Die Angehörigen der regionalen Wirtschaftselite sind hingegen, so glaubt mehr als ein Fünftel der Befragten, in

**Tabelle 6:** Wem sollen Russlands natürliche Ressourcen gehören (Angaben in Prozent)?

	2000*	2004
Dem Staat	41,4	43,3
Dem Volk	39,4	41,6
Allen Bewohnern des Territoriums (der Region, der Republik, des Gebietes), wo sie sich befinden	9,3	9,9
Allen, deren Arbeit unmittelbar mit diesen Ressourcen verbunden ist (Wenn es z. B. um Land geht, den Kolchosarbeitern oder Bauern; wenn es sich um Bodenschätze handelt, denjenigen, die sie fördern)	7,5	2,5
Denen, die im Zuge der Reformen ihre offiziellen Eigentümer geworden sind	1,6	1,5
Sonstigen	0,8	1,2

\* Ergebnisse einer Umfrage aus dem Jahr 2000 zum Vergleich. Aus: Rossija na rubesche wekow. Moskwa 2000, S. 352

**Tabelle 7:** Was braucht man, um Einfluss auf das Wirtschaftsleben im ganzen Land beziehungsweise in der eigenen Region zu nehmen (Angaben in Prozent)?\*

	Für landes- weiten Einfluss	Für Einfluss in der Region
Geld	75,6	80,4
Verbindungen zur Macht	61,6	63,2
Gute Kontakte in Unternehmerkreisen	30,5	37,0
Unterstützung durch einflussreiche Gruppen im Westen	19,7	5,1
Medienpräsenz	15,1	15,0
Unterstützung politischer Parteien und Vereinigungen	22,0	16,7
Unterstützung durch Innenministerium, Sicherheitsdienste, Armee	27,0	22,8
Unterstützung durch kriminelle Strukturen	13,2	22,1
Schwer zu sagen	3,8	3,6

\* Mehrere Antworten möglich

erheblichem Maße von der Unterstützung durch die organisierte Kriminalität abhängig (s. Tabelle 7).

Wenn es um die Besetzung der Posten an der Spitze der Regionen geht, halten die Russländer erfolgreiche Wirtschaftsführer aber dennoch nicht für die schlechteste Wahl: Mehr als ein Viertel der Befragten meinten, „wichtige Geschäftsleute, die mit der Marktwirtschaft umgehen können“, oder „Direktoren großer Unternehmen“ seien am ehesten fähig, die Regionen zu regieren. Andere Gruppen, die zur Auswahl standen, sind offensichtlich viel schlechter angesehen. So bringen die Russländer den Beamten tiefes Misstrauen entgegen, und zwar unabhängig davon, ob diese ihre Karriere bereits in der Epoche der Marktwirtschaft oder noch zu sowjetischen Zeiten begonnen haben. Hier ist

eine Veränderung gegenüber der Mitte der neunziger Jahre zu beobachten, als die Sowjetnostalgie auch den Ruf nach der guten alten sowjetischen Nomenklatur laut werden ließ. Aber nicht nur die zivilen Beamten alter und neuer Prägung sind unbeliebt. Seit Beginn der Ära Putin haben in den Regionen Militärs und Sicherheitsdienste an Einfluss gewonnen. Die Umfrage zeigt, dass die Russländer dies für keine gute Entwicklung halten: Nur knapp drei Prozent befürworten diese Einflussnahme (s. Tabelle 8).

Die verbreitete kritische Haltung gegenüber dem Machtzuwachs für Militär und Sicherheitsdienste deutet bereits darauf hin, dass die Bevölkerung sich in ihrem Urteil über die Wirtschaftselite ein gewisses Maß an Autonomie bewahrt. Dass dem Einfluss staatlicher

**Tabelle 8:** Wer ist am ehesten in der Lage, die Regionen zu regieren (Angaben in Prozent)?

Gebildete und kultivierte Menschen	23,5
Wichtige Geschäftsleute, die mit der Marktwirtschaft umgehen können	15,3
Berufspolitiker	12,6
Direktoren großer Unternehmen	10,5
Vertreter der neuen Beamtengeneration, die ihre Karriere nach 1991 begonnen haben	9,7
Staatsbeamte der alten sowjetischen Schule	5,5
Militärs und Vertreter der Sicherheitsdienste	2,6
Schwer zu sagen	20,3

**Tabelle 9:** Wie ist es zu bewerten, dass die Wirtschaftselite bei regionalen und überregionalen Wahlen einzelne Parteien und Kandidaten finanziell unterstützt? Meinungen von Anhängern verschiedener Parteien (Angaben in Prozent)\*?

	Eine normale Praktik	Schlecht, aber heutzutage unvermeidlich	Unzulässig
Insgesamt	18,7	36,5	27,9
„Einiges Russland“	20,3	39,3	25,0
„Rodina“	16,7	36,2	29,0
LDPR	21,6	45,1	20,6
KPRF	6,7	28,0	48,2
Union der rechten Kräfte	36,8	50,0	11,8
„Jabloko“	31,5	30,1	27,4

\* Kategorie „Unentschieden“ nicht angezeigt.

Propaganda Grenzen gesetzt sind, zeigt sich auch im Hinblick auf einen anderen brisanten Aspekt des politischen Lebens, nach dem in der Untersuchung gefragt wurde: Führende Vertreter der Wirtschaft lassen bekanntlich politischen Parteien oder einzelnen Kandidaten im Vorfeld von Wahlen finanzielle Unterstützung zukommen. Die Umfrage ergab, dass die Mehrheit der Russländer diese Praktiken zwar nicht gerade begrüßt, sie aber auch nicht für unzulässig hält (s. Tabelle 9).

Bemerkenswert ist, auf welche Parteien sich in den Augen der Bevölkerung die Zuwendungen aus der Wirtschaft konzentrieren. Im Vorfeld der Parlamentswahlen 2003 hatte eine massive Propagandakampagne den Eindruck zu vermitteln versucht, die Kommunistische Partei und „Jabloko“ hätten engste Verbindungen zur Geschäftswelt und insbesondere zu JUKOS. Diese Kampagne ist jedoch offensichtlich fehlgeschlagen: Spitzenreiter unter den von Zuwendungen aus der Wirtschaft profitierenden Parteien ist nach Meinung der Befragten stattdessen Putins Partei „Eini-

ges Russland“ (knapp 42 Prozent), nur in großem Abstand gefolgt von der „Union der rechten Kräfte“ (etwa zwölf Prozent). Vor allem die Anhänger der Kommunistischen Partei und des Blocks „Heimat“ sind der Meinung, „Einiges Russland“ werde in besonderem Maße von der Wirtschaft unterstützt.

Selbst im Hinblick auf die JUKOS-Affäre scheint es, als zeigten die Propagandaanstrengungen der Staatsspitze nur begrenzt Wirkung. Zwar ist die Unterstützung der Bevölkerungsmehrheit für das Vorgehen gegen Chodorkowski und seinen Konzern nicht zu leugnen. Jedoch glaubt nur eine Minderheit, die Debatte über die „Oligarchen“ gehe „von unten“, von den „einfachen Leuten“ aus. Eine relative Mehrheit gab hingegen an, die Diskussion sei von den Medien initiiert worden – eine geschickte Antwort, da über die

Rolle der Medien als Sprachrohr der Regierung oder verschiedener Interessensgruppen ja kein Zweifel besteht (s. Tabelle 10).

**Tabelle 10:** Von wem geht die Diskussion über die negative Rolle der „Oligarchen“ im heutigen Russland aus (Angaben in Prozent)?\*

Von Journalisten beziehungsweise den Massenmedien	34,9
Von Vertretern der Geschäftswelt, die ihre Konkurrenten diskreditieren wollen	28,4
Von Innenministerium, Sicherheitsdiensten oder Militär, mit dem Ziel, die „Oligarchen“ in die Schranken zu weisen	23,4
Vom Präsidenten und seiner Administration	20,8
Von der politischen Linken und/oder den „Patrioten“	17,7
Von den einfachen Leuten	15,3
Von Vertretern der Wirtschaftselite, die mehr Gerechtigkeit in der Wirtschaft wollen	13,4
Es gibt keine heftige Diskussion über dieses Thema.	16,5
Schwer zu sagen	12,8

\* Mehrere Antworten möglich.

**Tabelle 11:** Zustimmung zu der Aussage „Russland profitiert im Wesentlichen von den Aktivitäten ausländischer Unternehmen im Land“ nach Alter und Einkommen (Angaben in Prozent)

	Insgesamt	Personen unter vierzig	Personen über vierzig	Einkommen unter 2500 Rubeln	Einkommen über 2500 Rubeln
Ja	22,1	25,9	19,3	19,0	25,5
Nein	41,0	37,5	43,6	43,5	38,3
Schwer zu sagen	36,9	36,6	37,1	37,5	36,2

Für die Ausdifferenzierung des Bildes der Wirtschaftselite sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Gut Verdienende urteilen in der Regel anders als Personen, die unter dem Existenzminimum leben. Die Meinungen der Landbevölkerung weichen häufig von denen der Städter ab. Auch der Bildungsstand fällt ins Gewicht. Am wichtigsten im Hinblick auf die Perspektiven des Verhältnisses zwischen Wirtschaftselite und Bevölkerung sind die Unterschiede nach Altersgruppen.

### Die Wirtschaftselite im Meinungsspiegel: Der Faktor Alter

Dass Personen mit höherem Einkommen ein positiveres Bild von der Wirtschaftselite haben als gering Verdienende, verwundert nicht. Die gegenüber dem Pessimismus der Älteren häufig positiveren Einschätzungen der jüngeren Leute sind hingegen bemerkenswert. Ohne die zu beobachtenden Grundtendenzen tatsächlich umzulenken, können die Meinungen der Jüngeren sie doch in entscheidenden Punkten relativieren.

Dies gilt zum Beispiel für die angesichts der geschilderten Überfremdungsängste brisante Frage nach der Haltung zum Engagement ausländischer Unternehmen in Russland. Unter den Personen über und unter vierzig verneint jeweils eine relative Mehrheit, dass Russland von den unternehmerischen Aktivitäten der Ausländer profitiere. Jedoch ist der Anteil der anders Denkenden, die das Engagement ausländischer Unternehmen im Land positiv einschätzen, bei den Personen unter vierzig deutlich höher als bei den Älteren (s. Tabelle 11).

Jüngere Leute neigen weniger als ältere dazu, von Großunternehmern sozusagen als Kompensationsleistung an die Gesellschaft besonderes soziales Engagement einzufordern. Auch sind sie toleranter gegenüber der politischen Einflussnahme von Wirtschaftsführern mittels finanzieller Unterstützung von Parteien und Einzelkandidaten bei Wahlen, während die Älteren solche Praktiken als Korruption einstufen. Zudem selektieren die Jüngeren weniger als die Älteren nach Branchen, wenn sie den Einfluss von Wirtschaftsführern beurteilen sollen: Junge Leute sind eher bereit, auch die Führer der Energiebranche zu akzeptieren. Die Älteren erweisen sich als rigoroser und beurteilen fast

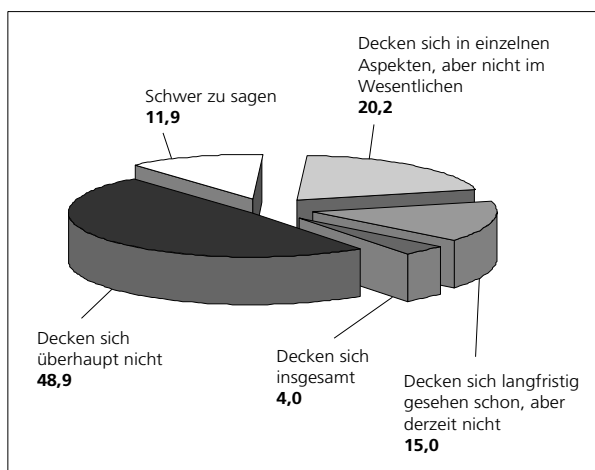
ausschließlich die führenden Köpfe der eindeutig nicht mit dem Rohstoffhandel befassten Branchen positiv. Darüber, dass Rohstoffe kein Privateigentum sein sollten, sind sich Jüngere und Ältere allerdings einig.

Ein entscheidender Unterschied im Denken jüngerer und älterer Russländer schließlich zeichnet sich im Bild der als „Oligarchen“ geltenden Wirtschaftsführer ab. Zwar sind die Superreichen und Mächtigen bei allen Altersgruppen unpopulär. Bemerkenswert sind jedoch die unterschiedlichen Gründe, aus denen Ältere und Jüngere die „Oligarchen“ ablehnen. Für die Älteren zählt vor allem, dass die „Oligarchen“ in ihren Augen „auf unredliche Weise große Vermögen erworben“ haben. Personen unter vierzig hingegen definieren den „Oligarchen“ in erster Linie als eine Person, „die niemand gewählt oder ernannt“ hat, „die aber dennoch über große Macht im Land verfügt“. Anders als für die Älteren ist für jüngere Leute also nicht der außerordentliche Reichtum der „Oligarchen“ Stein des Anstoßes, sondern ihre nicht legitimierte Macht. Während die älteren Russländer die Verhältnisse im Neuen Russland vorwiegend nach Maßgabe des traditionellen Ideals sozialer Gleichheit beurteilen, denken die Jüngeren eher in politischen Kategorien.

### 3. Perspektiven

Die Russländer sind mit ihrer Wirtschaftselite insgesamt unzufrieden. In ihrer Mehrheit meinen sie, dass sich die Interessen der Wirtschaftsführer mit denen der Bevölkerung gar nicht oder allenfalls punktuell decken.

**Diagramm 4:** Decken sich die Interessen der Bevölkerung mit denen der Wirtschaftselite (Angaben in Prozent)?



Die Bevölkerung ist mehrheitlich auch nicht der Auffassung, dass die Großunternehmer Garanten demokratischer Verhältnisse seien. Nur eine Minderheit glaubt, die Wirtschaftselite stehe denjenigen politischen Kräften nahe, die für soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Menschenrechte oder auch für Russlands nationale Traditionen einträten. Überdies ist nur etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung der Meinung, die Wirtschaftselite sympathisiere mit denjenigen, die den Ausbau der marktwirtschaftlichen Beziehungen und des freien Unternehmertums betrieben. Bezeichnenderweise sehen auch die kleinen und mittleren Unternehmer bei den Wirtschaftsführern keine derartigen Sympathien. Eher stellt sich zumindest die landesweit agierende Wirtschaftselite als exklusiver Klub von Egoisten dar, die innere Rivalitäten austragen.

Mit einer grundsätzlichen Ablehnung des Kapitalismus sind diese harten Urteile nicht gleichzusetzen. Dies zeigen bereits die in der hier referierten Untersuchung abgefragten Reaktionen auf Begriffe aus dem heutigen politisch-sozialen Sprachgebrauch, die in Bezug auf „Konkurrenzfähigkeit“, „Mittelschicht“ und „Unternehmertum“ durchaus positiv ausfielen (siehe oben, Tabelle 1). Zudem sind auch eindeutig nichtkapitalistische Machtträger unpopulär. So sind die Russländer der Auffassung, dass die Kirche, die Streitkräfte und die staatlichen Sicherheitsdienste praktisch von jeglicher Beeinflussung durch die Wirtschaftselite frei seien. Beliebter macht dies die Sicherheitsdienste nicht, wie die schon erwähnte ablehnende Haltung der Bevölkerung zum Machtzuwachs der Dienste in den Regionen zeigt. Wirtschaftsführer, die Spitzenposten in den Regionen bekleiden, gelten im Vergleich als das kleinere Übel und sogar als relativ akzeptable Option.

Die Russländer gehen von einem beträchtlichen politischen Einfluss der Wirtschaftselite aus, halten sie aber nicht für allmächtig. Der Präsident stützt sich nach ihrer Meinung nicht in erster Linie auf die Wirtschaftsführer, sondern auf die Sicherheitsdienste, das Militär und das Innenministerium sowie – wenn auch in geringerem Maße – auf die Staatsbürokratie (s. Tabelle 12).

Dabei sieht die Bevölkerung die bedeutende Rolle der Bürokratie mit großer Skepsis. Vom Misstrauen gegenüber den Beamten auf regionaler Ebene war bereits die Rede. Das Urteil der Russländer über die Verhältnisse im Land insgesamt fällt ähnlich aus: So glauben knapp 35 Prozent, der Bewältigung der Krise in Russland stünden die „Oligarchen“ entgegen, während fast 62 Prozent die Beamten als die schlimmsten Bremser betrachten. Hier nähert sich die Position der Bevölkerungsmehrheit deutlich an die der politisch liberalen Putingegner an: Den Machtzuwachs der Büro-

kratie hält die Mehrheit genauso wie die Minderheit für eine Fehlentwicklung.

Die Möglichkeiten des Präsidenten, den „Kampf gegen die Oligarchen“ als massenwirksames Propagandamittel einzusetzen, sind somit nicht unbegrenzt: Der überwiegende Teil der Russländer verortet den Feind anderswo. Dennoch ist das Argument, die JU-KOS-Affäre mitsamt ihrer propagandistischen Nutzung sei ein Indiz für die Gefährdung der Demokratie, nicht von der Hand zu weisen. Zweierlei scheint notwendig, um dieser Gefahr entgegenzuwirken.

Erstens müsste die Forderung nach der von Großunternehmen zu übernehmenden sozialen Verantwortung klarer umrissen und effizient durchgesetzt werden. Dafür sind nichtstaatliche Institutionen, die als Interessensvertretungen zwischen Unternehmern und

Gesellschaft vermitteln, unabdingbar. Der hier wiedergegebenen Untersuchung zufolge verlangt die Mehrheit der Russländer von den Mächtigen in der Wirtschaft weder die Versorgung der Armen noch die Lösung des Flüchtlingsproblems, wohl aber die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung der materiellen Grundlage für Gesundheitsversorgung, Bildungswesen, Wissenschaft und Kultur (s. Tabelle 13).

Zweitens ist eine Verbesserung des Images der Wirtschaftselite in der Bevölkerung von einer Stärkung aller formellen und durch Wahlen legitimierten politischen Institutionen abhängig. Wie eben erwähnt, kritisieren gerade jüngere Leute die „Oligarchen“ als nicht legitimierte Machtträger. Der Teil der Bevölkerung, der in den nächsten Jahrzehnten die Mehrheit der Wählerschaft in Russland stellen wird, empfindet also of-

**Tabelle 12:** Auf welche Gruppen und Schichten stützt sich Präsident Putin (Angaben in Prozent)?\*

Auf Sicherheitsdienste, Militär und Innenministerium	61,2
Auf die Staatsbeamten und die Bürokratie	26,2
Auf die „Oligarchen“ (Bankiers, Großunternehmer)	22,9
Auf die Direktoren der großen Unternehmen	22,5
Auf die „Familie“, d.h. die ehemalige Umgebung Boris Jelzins	19,8
Auf die wissenschaftliche und kulturelle Elite	10,5
Auf die „Mittelschicht“, d.h. die Menschen mit gutem Auskommen	9,6
Auf die Intelligenzija	7,0
Auf die „einfachen Leute“ (Angestellte, Arbeiter in der Stadt und auf dem Land)	6,0
Auf die gesamte Gesellschaft	13,9
Schwer zu sagen	12,5

\* Mehrere Antworten möglich.

**Tabelle 13:** In welchen sozialen Bereichen sollte sich die Wirtschaftselite vorwiegend engagieren (Angaben in Prozent)?

	Altersgruppen				Monatseinkommen			
	18–26	27–40	41–60	über sechzig	Unter 1500 Rubeln	1501–2500 Rubel	2501–5000 Rubel	Über 5000 Rubeln
Hilfe für die materiell schlecht Gestellten	24,9	37,3	41,9	53,8	48,4	45,3	35,6	30,5
Hilfe für Flüchtlinge und Übersiedler	12,2	16,7	17,9	20,5	15,3	20,6	15,9	16,0
Schaffung von Qualifizierungs- und Umschulungseinrichtungen	26,6	29,3	33,6	31,5	29,5	32,3	31,7	27,8

**Tabelle 13 (Fortsetzung):** In welchen sozialen Bereichen sollte sich die Wirtschaftselite vorwiegend engagieren (Angaben in Prozent)?

	Altersgruppen				Monatseinkommen			
	18–26	27–40	41–60	über sechzig	Unter 1500 Rubeln	1501–2500 Rubel	2501–5000 Rubel	Über 5000 Rubeln
Restaurierung von religiösen und Kulturdenkmälern	16,7	22,2	22,3	22,6	19,3	23,4	20,9	22,8
Prämien und Stipendien für begabte Studenten, Gelehrte, Künstler, Sportler	34,5	37,6	37,9	37,0	31,3	38,7	39,1	37,1
Schaffung der materiellen Basis für Gesundheitsversorgung, Bildung, Wissenschaft und Kultur	58,8	67,3	69,3	67,4	64,1	72,1	66,4	58,3
Schaffung neuer Arbeitsplätze	59,5	65,5	70,2	69,5	68,4	70,0	65,5	63,1
Infrastrukturhilfe für die Bevölkerung in den Regionen: Verkehr, Wasser- und Energieversorgung	45,7	51,4	60,6	61,8	59,0	60,5	53,4	47,8
Kinderheime; Hilfe für Straßenkinder und Behinderte	45,5	57,2	54,3	59,3	56,8	59,9	51,9	47,3

offensichtlich ein Defizit an legitimer Machtausübung – ein Manko, für das die Machtkonzentration im Kreml unter Beifall eines gezähmten Parlaments verantwort-

lich ist. Das „Oligarchenproblem“ ist Teil einer von der stabilen Kulisse der Putinära verdeckten Krise des politischen Systems.